

Rechtspopulismus: Was er ist, wie er sich von der Demokratie unterscheidet und wie rechtes Denken kritisiert werden sollte

5 I. Rechtspopulismus und Demokratie

1. Nicht nur in Wahlkämpfen, dort aber bevorzugt, *beschimpfen* sich Vertreter demokratischer Parteien wechselseitig schon mal als *Populisten*. Sie würden komplexe politische Probleme unlauter vereinfachen, mit falschen Versprechungen Werbung für sich machen, kurz, opportunistisch dem Volk nach dem Munde reden, heißt diese ebenso durchgesetzte wie merkwürdige Schelte unter Demokraten, die sich doch als Vertreter und Verfechter von Herrschaft „im Namen des Volkes“ verstehen. Die Zurückweisung solcher Angriffe fällt gelegentlich nicht weniger merkwürdig aus. Es könne von Opportunismus keine Rede sein, wenn man den Versuch unternähme, im Wahlkampf dem Volk die eigene Politik verständlich zu machen und dabei auf die Unzufriedenheit unter den Wählern Bezug nähme, lauten dann Repliken, die komplementär ebenfalls die Grenze zur Volksverachtung überschreiten. Im Klartext lauten sie doch: Die zentralen Fragen nationaler Politik übersteigen den geistigen Horizont des Volkes, dem man sich aber in der Demokratie alle vier Jahre notgedrungen zuwenden muss, um ihm dabei zugleich zu verdeutlichen, dass seine Unzufriedenheit mit der Politik in den Händen derer am besten aufgehoben sind, die ihm seine Probleme bereiten.
2. Die deutschen Rechtsextremen von der AfD dagegen sehen sich überhaupt nicht angegriffen, wenn ihnen das Etikett 'Rechts-Populisten' angehängt wird.¹ Eher nehmen sie es als *Ehrentitel*: Dem 'populus', dem Volk fühlen sie sich nämlich nicht nur verbunden, das *einige nationale* – deutsche – Volk, seine *Identität* ist vielmehr zentraler Gehalt ihres politischen Programms: Erhaltung und Sicherung von Volksidentität haben sie zu ihrem Kampfprogramm erklärt, mit dem sie nach innen und außen die absurde Abstraktion vom *einigen Volk* der Bio-Deutschen umsetzen möchte. Um den Volkswillen zur Durchsetzung zu verhelfen fühlen sich Rechtspopulisten berufen und proklamieren sich so als die einzigen und wahren Vertreter der Einheit von Volk und Herrschaft. Was sie am Volk -, das immerhin eine Menschenansammlung mit unterschiedlichen bis gegensätzlichen ökonomischen Lebenslagen, Interessen und Auffassungen darstellt - als das Identische festhalten, bestimmt sich für sie denn auch rein *negativ* über die Ausgrenzung anderer Staatsbürger: *Ausländer* jeder Art und *Couleur* sind für die AfD nicht das, was diese der Sache nach sind, nämlich ebenso wie die meisten Deutschen auch mehrheitlich dienstbares Material, allerdings einer anderen nationalen Herrschaft subsumiert, sondern *fremd* und deswegen von *anderer Art*. Und prompt gelten sie als *unverträglich* mit *deutscher Art*, d.h. als Störung der und Gefahr für die Identität des Deutschtums² - besonders wenn sie sich diesseits der Grenzen auf deutschem Territorium 'integrieren' (lassen) wollen. Diese Ausgrenzung von *Nichtdeutschen* wird letztlich zur einzigen - logisch zirkulären³ – positiven Bestimmung von nationaler Identität⁴, was bei den Rechtspopulisten zugleich die Sortierung *innerhalb* der deutschen Staatsbürger einschließt. Der deutsche Pass – der die Unterordnung eines

1 Das gilt gleichermaßen für die entsprechenden Parteien in anderen europäischen Ländern.

2 Dass dies nichts als ein Fehlschluss ist – aus Andersartigkeit im Aussehen, in Sprache, in Kultur etc. *folgt* nicht die behauptete Störung - irritiert sie ebenso wenig wie auch demokratische Politiker, die vom Ausländerstatus zwar nicht gleich auf einen Angriff auf die deutsche *Art* schließen, sich aber gewiss sind, dass Ausländer ihnen nicht unbedingt so unbedingt Folge leisten, wie sie das von Inländern im Prinzip erwarten .

3 Wenn nationale Identität darüber begründet wird, dass „wir“ umgeben sind von fremden Völkern, und wenn dann Fremdheit gleich gesetzt wird mit völkischer Unverträglichkeit, dann gilt eben zirkulär umgekehrt, dass „diese Fremden nicht zu uns gehören“, ja „unsere Identität“ gefährden.

4 Albern und kaum der Widerlegung wert sind alle Bemühungen – sie haben sich bis in Schulbücher des demokratischen Schulwesens verirrt -, nach denen Sprache, Kultur, Sitte, Religion oder Geschichte identitätsstiftend sein sollen. Als ob es ein Geheimnis wäre, dass Gegensätze hierzulande in deutscher Sprache ausgetragen werden, die Sitten zwischen Friesen und Bayern so einige Unterschiede aufweisen, Kultur in der Regel eine Geschmacksfrage ist und die jüngere deutsche Geschichte in Deutschland eben neue Nazis und Antifas kennt.

40 jeden Staatsbürgers unter die nationale Staatsgewalt signalisiert und so das einzig objektive und per
 45 *Zwang* garantierte Bestimmungsmerkmal für deutsche Identität ist – reicht den Rechtsaußen
 nämlich nicht zu Identifizierung von Deutschen. Auch unter denen entdecken sie viel Undeutsches
 mit und ohne Migrationshintergrund: Das sind natürlich die politischen Gegner unter Demokraten
 und besonders unter Linken, das sind 'Falsch'- oder Ungläubige, Dunkelhäutige und gelegentlich
 50 *einigen* deutschen Volkes munter als eine ganz neue, an Reinheitsvorstellungen altbekannter Art
 orientierten *Spaltung* der Nation.

Verantwortlich für die Gefahren, die der deutschen Identität drohen, ist für die AfD *deutsche*
Politik, vornehmlich jene Merkelpolitik, der sie – fälschlicherweise⁵ – eine *Ausländerfreundlichkeit*
 55 nachsagen und an der sie zugleich das Staatsverbrechen Nr.1 der herrschenden Demokraten
 entdecken: *Preisgabe* und damit *Verlust nationaler Souveränität*. Ein Nationalstaat – der große
 deutsche zumal – definiert sich für die Rechtspopulisten über die *Absolutheit* nationaler
 Souveränität nach außen und innen: Das meint nichts anderes als überlegene, gewaltbewehrte
 Hoheit über alles, was im Inneren des Territorialstaats in Ordnung und was an Interessen gegen
 andere, konkurrierende Nationalstaaten in Anschlag zu bringen ist. Ohne ein durch nichts
 60 relativiertes Monopol nationaler Gewalt über das deutsche Territorium können sie sich ihre Nation
 nicht vorstellen. Dieses brutale *Ideal* von Souveränität, das sich euroskeptische Demokraten
 allerdings klammheimlich ebenso ausmalen, ist bei den Rechten von der AfD das A&O des
 Nationalstaats überhaupt. Abstriche davon, sie mögen für demokratische Regierungen als noch so
 realitätsnotwendig und gerade auf Souveränitätszugewinn hin durchkalkuliert sein, gelten ihnen als
 65 Schritt zum Untergang der Nation. Sie entdecken bei jedem Grenzübertritt eines „illegalen
 Flüchtlings“ (Merkel) allein den fehlenden Schutz nationaler Grenzen, deuten die EU primär als
 Angriff auf den souveränen Nationalstaat, weil in der nicht nur die Binnengrenzen aufgehoben sind,
 sondern inzwischen auch bindende Vorgaben in Sachen Währung, Wirtschaft, Haushalt, Schulden
 etc. verfügt werden. Die gelten ihnen ungeachtet ihrer Wirkung auf deutsches Wachstum und
 70 deutsche EU-Vormacht als Preisgabe von souveräner Verfügung über deutsches Land und deutsche
 Leute, damit als Schritt zum Landesverrat. Selbstredend subsumieren sie auch die Mitgliedschaft in
 der NATO als freiwilligen Souveränitätsverzicht gerade hinsichtlich des Hoheitsmittels Nr. 1, der
 nationalen Gewalt.

Was bei allen regierenden deutschen Demokraten nach dem 2. Weltkrieg zunächst als zwar
 75 ärgerliches, aber notwendiges Zugeständnis an die „Sieger“ galt, und was später mit dem Eintritt in
 die NATO und der Entwicklung der EU der Weg Deutschlands zum Exportweltmeister und zur
 Vormacht in Europa war, die Relativierung nationaler Souveränität in Form von
 Bündnismitgliedschaften, ist für die neuen Rechtsaußen der Skandal des Verzichts und der
 Preisgabe des höchsten Werts und zentralsten Instruments eines Nationalstaats. Wiedererringung der
 80 vollständigen Souveränität – für die AfD muss das nicht mit dem Austritt aus der EU verbunden
 sein, wenn Deutschland in einem „Europa der Nationalstaaten“ die Führungsrolle erringt –, mithin
 der Kampf gegen die 'volks- und landesverräterische Politik' der demokratischen Parteien, ist denn
 auch die politische Aufgabe, an der für sie auch die wahre Volksidentität hängt – als Zweck und
 zugleich als Mittel ihrer Politik: Nationale Größe definiert sich für sie über die Sicherung der
 Volkseinheit, die das Volk dann zugleich zu jenem Kampfverband zusammenschweißt, mit dem
 alles zurückgewiesen werden kann, was ihnen im Innern und global als un- bzw. antideutsch gilt.
 Entsprechend hat die AfD für den *volksdeutschen Bürger* die selbstbewusste Zugehörigkeit zum

5 Wenn Merkel, die noch jeden Flüchtling wenig freundlich zu einem „Illegalen“ erklärt, vor ein paar Jahren aus einer
 innereuropäischen politischen Notlage – einige 100 000 vornehmlich syrische Flüchtlinge stauten sich an der
 deutschen Ostgrenze – eine „Willkommens“-Tugend gemacht hat, um unter Instrumentalisierung deutscher Helfer
 die weltweite Kontrolle der Flüchtlingsfrage zur deutschen Sache zu machen, dann war das keine
 Ausländerfreundlichkeit, sondern der Versuch, über den deutsch-geführten Zugriff auf einen Kollateralschaden
 imperialistischer Welteroberung Deutschlands Stellung in der Konkurrenz der Mächtigen zu stärken. Vgl. dazu
 auch: F.Huisken, Abgehauen....., Hamburg 2016

nationalen Volkskörper und seinen Einsatz für dessen Reinheit als *Lebenszweck* vorgesehen. Damit grenzen sie sich schon deutlicher von Demokraten ab: Die beglücken bekanntlich *alle* Bürger gleichermaßen – ob die nun zu der großen Masse der einkommensabhängigen Armen oder zu den wenigen Reichen gehören – mit einer Kiepe voller *Freiheiten*, die, seitdem es den „Freiheitsstall“ (H.Heine) gibt, nicht nur nichts daran geändert haben, dass 'die Armen immer ärmer und Reichen immer reicher werden', sondern sich umgekehrt als die Formen *bewährt* haben, mit denen die Unterwerfung unter die herrschenden Gesetze der Marktwirtschaft frei, also willentlich vollzogen werden. Man kennt das: 'Jeder ist seines Glückes Schmied!', wie die volkstümliche Fassung des hierzulande zur Verfolgung seiner Anliegen freigesetzten Bürgers lautet. Den Rechtspopulisten sind all diese Freiheiten von der Meinungsfreiheit über die Religionsfreiheit bis zur Wahlfreiheit letztlich nur die Einladung der Demokraten zu Egoismus, zu Streit und Zerwürfnissen. Was von den Demokraten als der Weg geschätzt wird, wie Bürger zum einen ihre Interessen am politisch regulierten Konkurrenzregime relativieren und wie sie zum anderen jede daraus resultierende Unzufriedenheit in freie Zustimmung zur Regierungspolitik verwandeln⁶, gilt der AfD als demokratischer *Pluralismus*, der Volksverrätern und un- und antideutschen Umtrieben ein Forum eröffnet. Davor muss der deutsche Bürger geschützt werden.⁷

Die *kapitalistischen Unternehmen* müssen sich ebenfalls Kritik gefallen lassen. Nicht dass diese Partei etwas gegen ordentliches Kapitalwachstum, Profite, Steueraufkommen, Kredite oder Lohnarbeit hätte. Wenn nur alles ordentlich deutsch vonstatten geht, keine deutschen Arbeitsplätze von Ausländern okkupiert werden, Wachstum möglichst mit Schaffung von Arbeitsplätzen einhergeht, der Kredit des Finanzkapitals den „schaffenden“ Abteilungen der Wirtschaft dabei hilft und deutsches Kapital seine Erfolge – so es denn im Ausland angelegt ist – der Heimat zu Gute kommen lässt, dann kann man dem Kapital jene Freiheiten lassen, mit denen demokratischer Politiker es verwöhnen. Vor „Auswüchsen“ der Marktwirtschaft muss die AfD die Bürger jedoch in Schutz nehmen: Massenarbeitslosigkeit oder Öffnung des Arbeitsmarktes für Undeutsche wären z.B. ein Anlass, der Unternehmerklasse klar zu machen, dass auch sie nationale Ziele schon mal vor ihre Rentabilitätsinteressen zu stellen hat. Eine Unterwerfung der Politik unter die „maßlose Profitgier“ der Unternehmen⁸ gilt ihr als Beleg für fehlende Souveränität nach innen. Das deutsche Arbeitsvolk muss eben nicht nur seinen Dienst an der Wirtschaft leisten, es muss auch Gelegenheit dazu haben. Der Lohn bleibt dabei das, was er auch unter demokratischer Führung ist, ein Abzug vom Überschuss, den das Kapital möglichst klein hält; einerseits wenigstens. Andererseits liegt den Rechten daran, dass Arbeitsmann und Arbeitsfrau sich immer schon durch die gewährte Ehre, mit deutscher Arbeitskraft Deutschland voran bringen zu dürfen, belohnt sehen.

3. Um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen: Dass die AfD, aber auch der Front national, die Pis, Fidesz etc. sich *wählen* lassen, d.h. sich dem demokratischen *Procedere* unterwerfen, liegt weniger an einer Liebe zu den Werten Demokratie, als vielmehr daran, dass sie der Auffassung sind – und die Landtagswahlen im deutschen Osten scheinen das zu bestätigen –, letztlich würde sich die völkische Gesinnung der Deutschen in einer Mehrheit der Wahlstimmen für sie niederschlagen. So weit sind sie mit dieser Erwartung auch nicht von den demokratischen Parteien entfernt, die zwar regelmäßig das hohe Lied demokratischer Werte singen, jedoch nie einen Zweifel daran lassen, dass

6 Für die Mehrheit der Bürger besteht das Konkurrenzregime darin, sich im Kampf gegen Gleichinteressierte den Bedingungen von 'Arbeitgebern' zu unterwerfen. Für die Sicherung der darüber immer unsicheren Arbeitsplätze und eines immer gefährdeten Existenzlohns gilt dann die Politik als zuständig, die dem Wähler zum Glück mit immer neuen Parteiangeboten die Möglichkeit eröffnet, etwa seine Enttäuschung über eine Regierung in eine Protestwahl zu überführen.

7 Wenn sich AfDler wie Meuthen auf Nachfrage zur Meinungsfreiheit bekennen, dann sollte man das nicht als Heuchelei abtun. Die Rechtspopulisten haben nichts gegen Freiheit für *ihre* Meinung; jede andere ist nämlich Ausgeburt der „Lügenpresse“.

8 So lautet rechte wie linke Kapitalismuskritik. Verfehlt ist sie in beiden Spielarten; in der einen, in der damit ein Verstoß gegen deutschnationale Ziele gebrandmarkt wird, wie in der anderen, in der dem *übermäßigen* Profitinteresse die Armut des Arbeitsvolks angelastet wird.

125 sie es nicht beim gemeinsamen Wertechor belassen wollen, sondern gegeneinander um nichts ande
 res kämpfen, als von vielen Bürgern dazu ermächtigt zu werden, allein die Macht im Nationalstaat
 nach ihrer Facon und vier Jahre lang möglichst frei von Bürgerinterventionen auszuüben.
 Und wenn Demokraten wie diese Rechten ebenfalls vom *deutschen Volk* reden, dann haben auch sie
 eine Vorstellung von dem, was dieses bzw. ihr Volk *eint*. Allerdings lebt diese Vorstellung nicht so
 sehr vom völkischen, biodeutschen Wahn, sondern kommt erst einmal ganz liberal daher. Es *eint*
 130 das Volk, das wirklich *ein jeder* Bürger im demokratisch regierten Kapitalismus nach seiner
 Fassung selig werden soll. Das gilt, buchstabiert sich 'Freiheit' und eröffnet den dauerhaften Konkur
 renzkampf aller ökonomischen Subjekte gegeneinander. Der hat jedoch zu seiner *Bedingung* das,
 was jedermann so an Instrumenten und Möglichkeiten zum Seligwerden mit sich herum schleppt –
 der eine eine große Fabrik, wieder einer einen Mittelstandsbetrieb, andere ein kleines Erbe und
 135 wieder andere keine andere Einkommensquelle als ihr Arbeitsvermögen, mit dem sich für sich
 allerdings gar nichts anstellen lässt. Die *Verpflichtung* auf das – reden wir Klartext – „Vermögen“,
 über das die Klassen im Kapitalismus verfügen bzw. gerade nicht verfügen, besorgt der Rechtsstaat,
 der dabei für alle unterschiedlich Vermögenden die gleichen Vorschriften parat hält: Achtung von
 Eigentum und Eigentümern. So sorgen Demokraten dafür, dass sich das gesamte Staatsvolk im
 140 lebenslangen Konkurrenzkampf jeweils auf seinem Platz ganz frei als Material für kapitalistisches
 Wachstum nützlich macht. Alles andere ist unter der Herrschaft des demokratischen Rechtsstaates
 verboten.
 Es machen sich also beide Herrschaftsprogramme auf ihre Weise *das Volk* in Gänze für ihre nationa
 len Anliegen zu nutze: Im Dienst an Kapital- und Staatsreichtum die Demokraten, im Dienst an der
 145 hochwertigen Art des Deutschtums, verpflichtet auf das Kampfprogramm 'Volksidentität', die
 Rechtspopulisten.

II. Wieder einmal den Anfängen wehren?

150 1. Die Kritiker des Rechtspopulismus sind sich in der Regel darin einig, dass es mal wieder gilt
 „den Anfängen zu wehren“, sprich: die *Demokratie* vor einem Rechtsruck zu *schützen*. Mit ihnen
 wäre zu *streiten*; und zwar über das, *was* an diesen neuen Rechten zu kritisieren und *was* an der
 Demokratie, besser: am demokratisch regierten Kapitalismus zu schützen ist.⁹ Mit so einem
 Vorschlag kommt man bei diesen Kritikern oft nicht gut an. Dass der Rechtspopulismus doch
schlimmer als die Demokratie sei, heißt es dann. Allerdings nimmt sich diese Zurückweisung selbst
 155 nicht ernst. Dass 'schlimmer' der Komparativ von 'schlimm' und nicht etwa die Abgrenzung
 gegenüber 'gar nicht schlimm' ist, dass daraus nichts anderes folgt, als das, was da 'schlimm' ist
 nebst seiner Steigerungsform auf seinen Begriff zu bringen, statt sich im 'Schlimmen' geistig und
 praktisch einzurichten, ist mit dieser Redeweise um die Ecke gebracht. Statt dessen machen sich
 Kritiker dran, die Demokratie zu retten, indem sie versuchen, „rechte Aufmärsche zu verhindern“,
 160 rufen der AfD – und das ist nichts als peinlich – das „no pasarán“ entgegen¹⁰, stellen sich mit
 Gewerkschaftern, Kirchenleuten und grünen, roten Parteifuzzis bunt gegen braun auf und zupfen
 auch schon mal dem einen oder anderen AfD-Funktionär am Rock. Das greift – höflich formuliert –
 zu kurz.

165 2. Denn zu dem, was an der Demokratie tatsächlich 'schlimm' ist, gehört, dass sie mit ihren Parteien
 die politische und *Wahlheimat* der *Mehrheit* der *deutschen Ausländerfeinde* ist. Die durch eine
 ganze Reihe von empirischen Untersuchungen¹¹ – braucht man die wirklich dafür? – erhärtete Rede

9 Der Teil I dieses Textes wäre dafür ein erstes Angebot.

10 Vgl. etwa die jw vom 21.7.19: „Rechte Aufmärsche verhindern. Sie kommen nicht durch“

11 Vgl. etwa eine neue Studie der Uni Leipzig: „36 Prozent der Deutschen würden der Aussage zustimmen, Ausländer kämen nur hierher, um den Sozialstaat auszunutzen. Im Osten denkt das sogar fast jeder Zweite. Über ein Viertel der Befragten würde Ausländer in ihre Heimat zurückschicken, wenn in Deutschland die Arbeitsplätze knapp werden. 36 Prozent halten die Bundesrepublik demnach für gefährlich überfremdet. Sogar mehr als die Hälfte der Befragten fühlt sich durch die Zahl der Muslime als "Fremde im eigenen Land". 2010 waren es noch 33 Prozent.“

davon, dass die nationalistisch-rassistische Ausländerfeindlichkeit in „der Mitte der Gesellschaft“
 170 angekommen sei, verweist auf eine nur scheinbar paradoxe politische Gemengelage. *Paradox*
 erscheint, dass eine Mehrheit der Ausländerfeinde, die man ihrem politischen Standpunkt zufolge
 eher als Wähler der AfD einordnen würde, auf Nachfrage immer wieder angeben, dass sie jedoch
 die demokratischen Parteien wählen (würden). *Weniger paradox* wird diese politische Zuordnung,
 175 wenn man die Begründung für diese Entscheidung prüft. So heißt es denn: 'Es würde sich gerade für
 uns Deutsche nicht gehören, rechtsextrem zu wählen!' Brave deutsche Bürger bemühen also den
 gelernten *demokratischen Nachkriegsnationalismus*, um dem neuen *völkischen Nationalismus* eine
 Absage zu erteilen. Wohl gemerkt: Begründet wird diese Absage nicht mit der rassistischen
 Ausländerfeindlichkeit der AfD; mit der könnten die demokratischen Nationalisten glatt
 sympathisieren, wenn sie nicht von diesen neuen 'Nestbeschmutzern' käme. Sie speist sich vielmehr
 180 aus der Vorstellung dieser Bürger darüber, was sich für einen guten deutschen, um das *Ansehen*
 seiner Heimat in der Welt besorgten Bürger gehört.

3. Daraus folgt etwas: Wenn es denn zutrifft, wie neuere Studien ergeben haben, dass ca. die Hälfte
 aller Deutschen der Auffassung sind, dass „bei uns zu viele Ausländer leben“ bzw. dass „die
 185 Grenzen gegenüber Flüchtlingen geschlossen werden sollten“ bzw. dass „wir doch nicht alle
 Ausländer bei uns aufnehmen können“ etc., dann finden sich große Kontingente des AfD-affinen
 Wahlpotentials bei den demokratischen Parteien; oder umgekehrt: dann sollte der Umstand nicht
 gerade beruhigend sein, dass Ausländerfeinde ebenso gut eine der demokratischen Parteien wählen
 könnten. Und in der Tat wären sie bei denen auch in Sachen Ausländerfeindlichkeit nicht schlecht
 aufgehoben. Denn verfolgt man die Flüchtlingspolitik der letzten drei Jahre, so lässt sich feststellen,
 190 dass neue Gesetze und Verfahren der Regierungskoalition Anleihen bei der AfD gemacht haben:
 Die Grenzen sind dicht, die Auffanglager sind offiziell zu Abschiebelagern, exakt: „Rückführungs-
 lagern“ erklärt worden¹², Staaten an der afrikanischen 'Gegenküste' werden 'ermuntert' Lager zu
 errichten und ihre Küsten 'sauber' zu halten, Frontex hat seine ohnehin dubiosen Rettungsmaß-
 195 nahmen¹³ eingestellt usw. All das ist natürlich auch an den Wahlbürgern mit ihrer nationalistischen
 AfD-Kritik nicht spurlos vorbei gegangen. Ohne die demokratisch einhellige Ausgrenzungs- und
 Abschiebep Praxis der deutschen Flüchtlingspolitik, würde ihnen das Wahlkreuz bei der CDU/CSU,
 SPD, FDP oder den Grünen nicht so leicht fallen.¹⁴ Der AfD gefällt übrigens die neue deutsch-
 europäische Flüchtlingspolitik so gut, dass ihre diesbezügliche Kritik an der Regierung nur noch in
 dem Hinweis besteht, dass die Maßnahmen *nicht weit genug* gingen!
 200 Was folgt daraus? Wer sich gegen den Rechtsruck aufstellen will, muss mehr und anderes
 unternehmen, als der AfD das Leben schwer zu machen. Der Rechtsruck der nationalen Politik hat
 sein Fundament im rechten Denken deutscher Bürger. Folglich ist angesagt, das rechte Denken, den
 ausländerfeindlichen Nationalismus *in den Köpfen der deutschen Bürger* anzugreifen; und zwar
 völlig gleichgültig gegenüber dem Umstand, welcher Partei sich die Bürger – wenn überhaupt –
 205 zuordnen.¹⁵ Denn es wird sich weiter erweisen, dass mit der Kritik des rechten Denkens auch so
 einige, in der Demokratie beheimatete heilige Kühe geschlachtet, statt geschützt werden müssen. Im
 Folgenden soll exemplarisch angedeutet werden, was an Kritik an stünde:

(<https://www.tagesschau.de/inland/auslaenderfeindlichkeit-studie-101.html>)

12 In Österreich hat der FPÖ-Innenminister Kickl diesbezüglich sprachliche Anleihen bei 'Konzentrationslager' nicht
 gescheut.

13 Vgl. dazu neue Berichte unter: https://www.deutschlandfunk.de/gewalt-an-aussengrenzen-eu-will-vorwurfen-gegen-frontex.1939.de.html?drn:news_id=1035166

14 Auch in der LINKS-Partei weiß man, wie man um solche Wähler buhlt: Eine Umorientierung in der
 Flüchtlingspolitik sei nötig, weil offene Grenzen den Rechtspopulismus fördern würden. Das behaupten linke
 Politiker, denen die Fragen des Machtzugangs längst wichtiger sind als das, was der Kapitalismus weltweit mit
 verelendeten Leuten anstellt.

15 Woraus sich dieser durchgesetzte ausländerfeindliche Bürgernationalismus speist, oder theoretisch gefragt: was ihr
 Grund ist, ist eine andere Frage. In Teil III gibt es einige erste Hinweise dazu.

III. Kritik des rechten Denkens

- 210 1a. Wenn sich deutsche Normalverbraucher zu dem Urteil versteigen, dass *Ausländer uns die Arbeitsplätze wegnehmen* - nicht ohne vielleicht hinzuzufügen, sie hätten eigentlich gar nichts gegen Flüchtlinge, aber... -, dann ist ersichtlich, dass sie eine Sorge mit einem Urteil begründen, das zum Paroleninventar der AfD gehört, sich jedoch bei ihnen anders begründet. Das ändert jedoch nichts an dem *Fehler*, die diesem Urteil zugrunde liegt:
- 215 Kein noch so verbiesteter Ausländerfeind denkt bei dieser Behauptung daran, dass Ausländer, Flüchtlinge zumal, die Macht hätten, sich Arbeitsplätze anzueignen, an denen deutsche Arbeitskräfte Dienst tun. Gedacht wird denn auch gar nicht an Eingriffe in die *Produktion*, sondern an Veränderungen der *Konkurrenz* auf dem Arbeitsmarkt. Wenn sich immer mehr geflüchtete Ausländer billiger als die deutsche Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt anbieten, dann, so die
- 220 Überlegung, werden Unternehmer eher auf diese zugreifen. Es wird die Befürchtung geäußert, dass deutsche Lohnarbeiter dann leer ausgehen. Mit dieser Ausführung wird jedoch das Urteil der Parole *widerrufen*: Die Subjekte der Ein- und Ausstellung jedweder Arbeitskraft sind natürlich nicht Ausländer, sondern *Unternehmer*, die immerhin die Eigentümer der Produktionsstätten sind. Ihrer Kalkulation unterliegen *alle* Bewerber um Arbeit gleichermaßen, In- wie Ausländer. Wobei sich
- 225 diese Ausführung zugleich nichts darüber vormacht, dass so eine Kalkulation immer auf Kosten der Beschäftigten geht: Billig soll die Arbeit erledigt werden, weswegen die Unternehmer alles dafür unternehmen, dass Bewerber sich im Kampf um Arbeit in Sachen Löhnen nach Maßgabe der Unternehmerangebote unterbieten. Es bleibt ihnen, und auch das ist den deutschen Vertretern so einer Parole nur zu bekannt, letztlich nichts anderes übrig, als Arbeit zu jenem Lohn anzunehmen,
- 230 der in die Kostenkalkulation des Unternehmer passt. Am Lohn und damit daran, dass Unternehmer die Kosten bezahlter Arbeit für *rentabel* erachten, hängt immerhin ihre Existenz. Denn über eine eigene Geldquelle verfügen sie nicht. Sie sind gänzlich davon abhängig, dass sie sich als Geldquelle für Unternehmer bewähren, also denen mit ihrer Arbeit einen Überschuss über den Vorschuss verschaffen. Dass so ein Überschuss um so üppiger ausfällt, je geringer die Lohnkosten zu Buche
- 235 schlagen, entnimmt ein abhängig Beschäftigter im übrigen der Feilscherei zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften in jeder Tarifrunde.
- So billig, ganze ohne theoretische Vertiefung in die Kritik der politischen Ökonomie des Kapitalismus geht die sachliche Widerlegung der Parole. Der Verweis auf all das, was jedem Beschäftigten aus der Konkurrenz und aus der Benutzung seiner Arbeitskraft in der Produktion
- 240 *bekannt* ist, reicht nicht nur aus, um den Fehler in der Schuldzuweisung an Ausländer zu ermitteln, sondern auch um zugleich klarzustellen, dass jedermann, der in Sorge um Erhalt eines Arbeitsplatzes etwas an der rechten Parole findet, *weiß*, wer ihm und allen anderen eigentumslosen Lohnabhängigen die lebenslangen Existenzsorgen bereitet.
2. Es muss also mehr als nur ein Denkfehler dafür verantwortlich sein, dass diese Parole so
- 245 durchgesetzt ist und ihre Erfinder vom rechten Rand der Gesellschaft darüber Sympathien genießen. In der Tat ist dieses Fehlurteil nicht zu haben, ohne eine höchst interessierte Verdrehung all dessen, was sich in der Konkurrenz abspielt: In der Konkurrenz stehen sich nämlich nicht In- und Ausländer gegenüber, sondern *alle* Arbeitssuchenden. Da konkurrieren nicht nur Deutsche mit Ausländern, sondern ebenso Deutsche mit Deutschen, sodass sich – bliebe man einmal in der Fehlerlogik der
- 250 Parole – ebenso behaupten ließe, dass Deutsche den Ausländern und Deutsche anderen Inländern die Arbeit wegnehmen. In der rechten Parole werden dagegen nicht nur die von kapitalistischen Unternehmern zur Konkurrenz gegeneinander genötigten Beschäftigungssuchenden zu *Tätern* und damit für Lohnverlust von Konkurrenten verantwortlich gemacht, innerhalb der Konkurrenz nimmt die Parole darüber hinaus eine *nationalistische* Vorsortierung vor: Allein die *Ausländer* sollen die –
- 255 natürlich bösen - Konkurrenten sein. Doch was hat das Konkurrieren mit der Nationalität zu tun? Unternehmer stellen in aller Regel nach ihrem *ökonomischen Interesse* ein und aus. Lohnende Dienstbarkeit, ist ihr zentrales Kriterium. Das allein widerlegt schon die alberne Vorstellung von einer Konkurrenz, die für deutsche Arbeitskräfte nur Vorteile hätte, wenn es in ihr nicht die

- 260 Ausländer gäbe, also „wenn nur noch reinrassige Deutsche in den Genuss kämen, von berechnenden Arbeitgebern einem Lohn- und Leistungsvergleich unterworfen zu werden.“¹⁶ Oder umgekehrt: Nur durch die Anwesenheit von Ausländern soll die Konkurrenz auf hiesigem Arbeitsmarkt unausstehlich werden? Glatt könnte man auf den Gedanken verfallen, dass es den Liebhabern der Parole gar nicht um etwas Materielles, also z.B. um Arbeitsplätze, sondern nur darum geht, dass den Flüchtlingen auf keinen Fall irgendetwas zu Gute kommt.
- 265 3. Es erweist sich folglich als notwendig, den dieser Parole inhärenten Nationalismus selbst zu kritisieren. Er lebt von der aberwitzigen Vorstellung, dass doch zuvörderst oder gar ausschließlich Deutsche das *Recht* auf deutsche Arbeitsplätze hätten, es für Menschen mit deutscher Staatsbürgerschaft geradezu ein *Privileg* sei, sich um deutsches Wachstum verdient zu machen. Es wirft dieses erfundene Recht damit jene Kritik an Arbeitsverhältnissen über den Haufen, die in der
- 270 gerade zurückgewiesenen Parolenbegründung enthalten war. Diese Rechtsvorstellung lebt von der Erfindung einer *Andersartigkeit* der Ausländer, die – bei genauerer Betrachtung – gänzlich *begründungslos* daherkommt, aber sehr viel *mehr* sein soll als der - eigentlich völlig harmloser - Verweis auf andere Sitten, Kulturen, Kleider oder anderes Aussehen. Jede Nachfrage nach einer Begründung für diese sachlich unhaltbare, nationalistische Vorsortierung der Konkurrenz bemüht
- 275 nämlich letztlich¹⁷ immer nur tautologisch den Verweis auf das Ausländische: „Die sind doch welche, die nicht hierher, nicht zu uns gehören“, heißt es da über Flüchtlinge, die von deutschen Behörden – warum wohl? – gerade die Zulassung zum Arbeitsmarkt erhalten haben. Es wird folglich nicht nur die *Not* der Einkommensabhängigkeit zum *Privileg* verdreht, überdies gilt ein tatsächlich zugestandenes Recht als Beleg für die staatliche Sorge um das *Wohl* der
- 280 Mehrheit seiner Bürger; ein Beleg, der dann überdies ziemlich umstandslos in das Urteil mündet, man habe hier seine *Heimat* gefunden. Welches Recht jedermann hierzulande tatsächlich zuerkannt wird, hat nichts mit der Sicherung von Arbeit und schon gar nichts mit der Sicherung eines auskömmlichen Einkommens zu tun. Gesichert ist nichts als das Recht, dass sich jedermann, der nicht über eine eigene Geldquelle verfügt, in der Konkurrenz mit Seinesgleichen um Arbeit bei den
- 285 Besitzern von Kapitaleigentum bewerben darf. Abgesichert ist damit das Recht der Unternehmer, ihre Rentabilitätskalkulationen an der einkommensabhängigen Menschheit zu exekutieren; und abgesichert durch staatliches Recht ist folglich der lebenslange Kampf der auf Lohnarbeit verwiesenen Bürger gegeneinander mit dem Resultat zunehmender Arbeitslosigkeit bzw. der Vergrößerung des Marktes mit Billigangeboten aller Art.
- 290 So etwas geht nicht, ohne dass an die Deutschen eine einheitliche – „identische“ – Lebensart heranerfunden wird, die sie eben nicht nur von Ausländern unterscheidet, sondern in der Gründe für *Ausgrenzung* entdeckt werden, über die diese zu Fremdkörper werden. Da mag der eingangs zitierte deutsche Normalverbraucher noch so sehr betonen, dass es ihm eigentlich nur um die Sicherung seiner Arbeit gehe, er eigentlich nichts gegen Ausländer habe und deswegen nicht so weit gehe, der
- 295 Parole der Rechtsextremen „Deutschland den Deutschen. Ausländer raus!“ zu folgen. Ohne jene Sorte nationalistischen Denkens, mit der man sich die hiesige Demokratie mit ihrer 'sozialen Marktwirtschaft' geistig und praktisch zur Heimat zurechtbiegt, kommt auch diese 'gemäßigte' Ausländerfeindschaft nicht aus.
- 300 4. Es ist deswegen angesagt, die Kritik an der Parole noch etwas weiter zu treiben. Auch wenn sich deutsche Ausländerfeinde von jener völkischer Hetze abgrenzen, die den demokratischen Parteien Volks- und Landesverrat vorwirft, so teilen sie doch alle deren Ausgangspunkt: *Deutscher* zu sein, gilt auch ihnen irgendwie, wenn nicht gleich als eine Sache ihres Stolzes, so doch als *Selbstverständlichkeit*, gegen die es nun wirklich keine Einwände geben kann. *Für Deutschland* zu sein¹⁸ - ergänzt um das relativierende „irgendwie“ - wird dann nicht nur bei
- 305 Fußballweltmeisterschaften ausgreifend praktiziert, sondern ist zugleich der Standpunkt, mit dem

16 Aus: Rechte Parolen, antirechte Gegenparolen: eins so verkehrt wie das andere, in: GegenStandpunkt 4/18, S.5ff

17 Vgl. dazu auch Fußnote 2.

18 Vgl. Freerk Huisken, Der demokratische Schoß ist fruchtbar..., Hamburg 2012, S.167ff

sich der Bürger den innen- und außenpolitischen Affären seiner Heimat widmet. Selbst noch als Kritiker, der z.B. etwas gegen deutsche Beteiligung an Kriegen hat oder die Rentenpolitik der Koalition angreift, weiß er dann die Frage zu stellen, was „wir“ denn von so einer Kriegsbeteiligung haben, oder dass es doch schäbig sei, wie bei „uns“ mit Menschen im Alter umgegangen wird, die sich doch um „unseren“ deutschen Wiederaufbau verdient gemacht hätten etc. Die 1. Person Plural, dieses durchgesetzte „wir“, verrät den albernen Standpunkt eines Bürgers, der sich als für nationale Belange *zuständiger* Außen- oder Wirtschaftsminister *fungiert*. Albern ist er, weil die Fiktion der Zuständigkeit die eigene Ohnmacht und Abhängigkeit von politischen Entscheidungen der Herrschaft ins Gegenteil verdreht. Gefördert und gepflegt wird so ein nationalistischer Standpunkt von Politik und Öffentlichkeit, weil er immer zugleich von Verständnis dafür zeugt, dass sich eigene Anliegen an nationalen zu relativieren haben.

Und *selbstverständlich* ist an *Staatsbürgerschaft* – an welcher auch immer – nun wirklich gar nichts. Wenn Staaten nach ihren durchaus unterschiedlich angelegten Staatsbürgerschaftsgesetzen aus dem zufälligen Akt der Geburt auf ihrem Territorium das Recht des sofortigen Zugriffs auf das junge Menschlein ableiten, dann wissen sie, was sie tun und wollen: Sie wollen sich die Neugeborenen als Teil ihres Menschenmaterials sichern, mit dem sie nach ihrem Interesse Staat zu machen gedenken. Dafür steht denn auch, dass dem zum deutschen Staatsbürger gemachten Menschen zugleich die *zentralen Bedingungen seines Lebens* per rechtsstaatlicher Verfügung diktiert werden: Die kapitalistische Ökonomie zählt dazu ebenso wie die demokratische Organisation des politischen Lebens, in dem das Volk regelmäßig für vier Jahre die Zuständigkeit für die eigenen Belange an die Herrschaft abtritt, und schließlich auch noch die soziale Verteilung von Chancen. Letztere bekommt der Neubürger gleich von seinen Altvorderen in den 'Rucksack' gepackt; was dann sein Leben von der Wiege bis zur Bahre bestimmt. Bekanntlich kommt er entweder als Kind einer Unternehmerfamilie oder als Kind einer alleinerziehenden Teilzeitarbeiterin zu Welt, wächst er im Ärzte- bzw. Professorenhaushalt auf oder darf seine Kindheit in einer „bildungsfernen Schicht“ verbringen. Für die Mehrheit der zu deutschen Bürgern erklärten Menschen gilt es dann, mit ihrem ziemlich leeren 'Rucksack' die Freiheiten zu nutzen, die ihnen die Demokratie garantiert: Immer wieder dürfen sie resilienzerfahren aufs Neue ihre „Chancen“ ergreifen, damit es ihnen einmal besser geht als ihren Altvorderen – ein Wunsch, der bekanntlich von Generation zu Generation unerschütterlich weiter getragen wird.

IV. Fazit

Kritik des rechten bzw. rechtsradikalen Denkens kommt letztlich nicht aus ohne den Nachweis, dass *jede* Variante von Nationalismus – sei sie demokratisch oder völkisch – von der die Nationalstaaten bestimmenden Scheidung zwischen In- und Ausländern lebt. Ihren einzigen Grund hat diese Scheidung in der begrenzten territorialen Reichweite der Staatsgewalt. Das signalisieren bewaffnete Grenzen ebenso wie der in Europa auch innerhalb der Demokraten permanent geführte Streit über die Grenzen der Preisgabe nationaler Souveränität. Auf ihre *exklusive* „Zuständigkeit“ für ihr Land und ihre Leute verzichtet keine souveräne Herrschaft. Volkszugehörigkeit gilt ihr denn auch als eine Art erster *Naturlausstattung* ihrer Bürger – was diese damit honorieren, dass sie sie für gänzlich selbstverständlich halten.¹⁹ Es ist der Kampf gegen den Rechtsruck denn auch nichts anderes als eine Kritik jeder Spielart von Nationalismus.²⁰

19 Vgl. Woher kommt und wie geht Rassismus, in: GegenStandpunkt 1/95, S.8ff

20 Vor dem sind auch die linken Kritiker nicht gefeit: Wer mit einem „bunten Deutschland“ gegen das „braune“ antritt, muss sich sagen lassen, dass er, wenn er Ausländer zu einer Bereicherung Deutschlands und umgekehrt die „Braunen“ zu kulturlosem Mob erklärt, der nicht zu Deutschland passt, die deutschnationale Menschensortierung der Rechten nur mit umgekehrten Vorzeichen denkt.